

# Der Freie Schwarzwälder

## Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erstein:  
an allen Werktag...  
Abonnement  
in der Stadt wöchentlich M. 1,35  
monatlich 45 Pf.  
Bei allen würtl. Postämtern  
und Boten im Orts- u. Nachbar-  
ortsverkehr wertvoll. K. 1,35,  
ausserhalb desselben M. 1,35,  
Wozu Bestellschein 20 Pf.  
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Verkundigungsblatt

der kgl. Forstämter Wildbad, Meistern,  
Enzklösterle u.

während der Saison mit

amtl. Fremdenliste.

Inserate nur 8 Pf.  
Ausserhalb 10 Pf., die Klein-  
spaltige Formondzelle.  
Kontakten 15 Pf., die  
Pettzelle.  
Bei Wiederholungen entspr.  
Rabatt.  
Pannoments  
nach Vereinbarung.  
Telegramm-Adresse:  
Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 11.

Mittwoch, 18. Januar 1911.

28. Jahrg.

### Am Tage der Reichsgründung.

#### Vierzig Jahre deutscher Entwicklung.

Heute führt es sich zum vierzigsten Male, daß das deutsche Reich gegründet wurde. Die Zwischenzeit hat die Generation der Reichsgründer bis auf wenige Reste dahingehen und eine neue an ihre Stelle treten sehen. Vierzig Jahre deutscher Zusammenarbeit, sind sie auch 40 Jahre deutscher Entwicklung gewesen?

Kein Zweifel; die vergangenen Jahrzehnte haben uns den Fortschritt von klein-staatlichem Partikularismus zur Weltpolitik gebracht. Deutschland ist aus einem Agrarlande der zweitgrößte Industriestaat der Erde geworden und mit dem Wachstum seiner Handelsflotte eroberte der Kaufmannsstand gewaltige Absatzgebiete fern über dem Meer. Bismarck leitete die Kolonialpolitik ein, die den Blick des neuen deutschen Reichsbürgers erweitern sollte. Nirgends war von unserer Seite der Friede unter den Völkern ernstlich gefährdet; kritische Zeiten in der auswärtigen Politik sind mit mehr Friedfertigkeit als Geschick bisher stets überwunden worden.

Aber dem Aufschwung Deutschlands auf dem Gebiete des Handels, der Industrie und der Weltpolitik, stand immer eine Unterbilanz in der inneren staatlichen Entwicklung gegenüber. Bismarck, der Reichsgründer, förderte das konservative Element auf Kosten des fortschrittlichen Bürgertums. Preußens militärische und staatliche Vormachtstellung in dem Reich drohte kulturell erheblichen Schaden anzurichten. Dabei war dem deutschen Kaufmann die Zipsellappe schon längst von den Ohren herabgefallen und an Stelle der gutmütigen landwirtschaftlichen Arbeiterschaft war ein Industriearbeitertum getreten, dem Lassalle und Marx gründlich jeden Respekt vor Junkern und anderen „Autoritäten“ genommen. Die soziale Gesetzgebung erscheint dem Historiker nur als ein Akt positiver Klugheit, unter dem sich ganz zufälliger Weise eine fortschrittliche Tendenz verbarg. Der Hochmut der Agrarier stieg ins Maßlose, und der Industrie und dem Handel, denen Deutschland heute mehr als irgend etwas anderem seine Stellung unter den Völkern verdankt, wurde die Bahn versperrt und das Leben sauer gemacht.

Hier — und wir kommen damit in den Bereich der letzten Jahre — hat jedoch nach langem Zuharren der Umfassung eingeseht. Das preussische Junkertum hatte seinen Kräften zuviel zugemutet; der überspannte Bogen zerbrach. Und das ist es, was die Geschichte der letzten

40 Jahre seit der Reichsgründung in etwas milderem Lichte erscheinen läßt: die heutige politische Lage deutet darauf hin, daß das 50jährige Jubiläum der Reichsgründung unter manch anderen Verhältnissen vor sich gehen wird als das 40jährige. Nachdem der preussische „Nordens Jahrzehnte lang mit dem süddeutschen „Partikularismus“ gerungen, fängt jetzt endlich auch der deutsche Süden an, mit seinen fortschrittlichen Ideen und seinen gereifteren staatlichen Verhältnissen auf den reaktionären Norden abzufärben. Das Ende der Junkerherrschaft kommt. Das ist der erfreulichste Ausblick, der sich heute bietet, er spornet auch dazu an, mit neuer Kraft und neuer Energie in das fünfte Jahrzehnt deutscher Einheit einzutreten.

### Deutscher Reichstag.

Berlin, 16. Jan.

Am Bundesratsstisch Staatssekretär Bermuth. Haus und Tribünen sind ziemlich schwach besetzt. Präsident Graf Schwerin-Löwis eröffnet die Sitzung um 2.17 Uhr nachmittags. Zunächst werden Petitionen ohne Debatte erledigt. Dann tritt das Haus ein in die

#### zweite Lesung des Zuwachsteuergesetzes.

Abg. Graf Westarp (kons.): Wir stimmen dem Grundgedanken des Gesetzes zu, so wie es in der Kommission gestaltet ist. Schwieriger wird sich die Frage gestalten, wie die Ueberwälzung der Steuer von dem Verkäufer auf den Erwerber verhindert werden kann. Das bewegliche Kapital dieser Steuer zu unterwerfen, erscheint zur Zeit unbrauchbar. Trotzdem halten wir diesen Gedanken für richtig. Der Zweck der Steuer ist, einen richtigen Zweck durch die Vorlage erreicht. Ihr Ergebnis sollte wenigstens zum Teil den Veteranen zugutekommen.

Staatssekretär Bermuth: Die Entscheidung fällt in dieser Vorlage auch über den Gedanken, ob die Zuwachsteuer auch für die Gemeinden einzuführen sei. Wenn die Steuer für das Reich abgelehnt werde, dürfte sie auch nur in ganz wenigen Gemeinden gehalten werden können. Insofern geht das Interesse von Reich und Gemeinde Hand in Hand. Die Kommissionsbeschlüsse gehen weit hinter das zurück, was der Reichstag 1909 beschlossen hat. Weitere Abänderungen von der Vorlage sind im Werke. Eine derartige Abschwächung würde eine Vereitelung der Wirksamkeit des ganzen Gesetzes bedeuten. Von mehr als 300 Gemeinden, die die Wertzuwachssteuer haben,

haben 97 Prozent keine Steigerung der Grundstückspreise und der Miete sowie keine Einschränkung der Bautätigkeit zu verzeichnen. Der Mieter tag hat ausdrücklich erklärt, daß der Mieter von der Zuwachsteuer nichts zu befürchten hat. Die Landwirtschaft sieht in der Steuer eine Einschränkung des unsoliden Güterhandels. Selbst die Haus- und Grundbesitzer, soweit sie die Einzelheiten des Gesetzes ausreichend würdigen, halten die Vorlage für gut. Der Mittelstand und der kleine Mann sind überzeugte Freunde der Zuwachsteuer. Ich versichere auf das Bestimmteste, daß die Regierung alle Härten und Ungleichheiten vermeiden wird. Allerdings wird eine längere Uebergangszeit nötig sein. Deshalb müssen wir den sicheren Ertrag des Umsatzstempels noch einige Zeit behalten, bis die Zuwachsteuer sich entwickelt hat. Dann kommen Anforderungen des Etats auch für die späteren Jahre, namentlich für unsere Wehrkraft und unsere Sozialpolitik, die wir voraussehen und voraussehen wollen. (Hört! Hört!) Gewiss sollen die Erträge den Veteranen zum Teil zugutekommen. Die Sanierung unserer Finanzen darf nicht auf halbem Wege stehen bleiben.

Marx (Ztr.): Wir sind grundsätzlich für eine Wertzuwachssteuer, die dem Reich zugutekommt. Eine neue Belastung des Nationalvermögens wollen wir vermeiden. Daher fordern wir die Befreiung des Umsatzstempels.

Staatssekretär Bermuth: Die Auffassung, als ob im Reichshausamt die Steuererhebung ohne Berücksichtigung der Rechte und Interessen des Volkes ausgearbeitet würden, trifft nicht zu. Angesichts der Ablehnung der Vorlage wird es mir allerdings zweifelhaft, in welcher Weise für die Veteranen gesorgt werden soll.

Abg. Göhre (Soz.): Wir beantragen die Wiederherstellung des § 1 in der ursprünglichen Regierungsvorlage. Wir werden an dem Zustandekommen dieses Gesetzes mit allem Ernst mitarbeiten. Nicht das Reich, sondern die Gemeinden müßten diese Steuer haben. Die Vorlage übertrifft die Kommissionsfassung um Turmeshöhe. Wir werden den Staatssekretär unterfragen. Die Vorlage in dieser Form beweist, daß die Reichsfinanzreform schon jetzt bankrott ist. Wir werden einen Zusatz beantragen, daß die Erträge ganz den Veteranen zugewendet werden.

Abg. Weber (Ntl.): Es ist unvermeidlich, daß diese Steuer doch schließlich dem Erwerber des Grundstücks zugeschoben wird. Besonders schwer ist es für das ganze Reich allgemeine Grundsteuern zu schaffen. Außerordentlich schwere Bedenken haben wir dagegen, den Umsatzstempel neben dieser Steuer bestehen zu lassen. Der Anteil der Ge-

Ma also — ich bin kein Unmensch! Wenn Sie uns wie bisher als Freund der Familie hier und da einen kurzen Besuch machen und dabei auch der Berta begegnen — in Gottes Namen! Es ist vielleicht auch mit Rücksicht auf das Zeitungsgeschäft da weniger auffällig, als wenn Sie völlig ganz wegbleiben!

Da sahste Reisinger nochmals seine Hand und drückte sie stumm bewegt. Dann ging er.

VIII.

„Bitt' schön, gnä' Herr, es is Kaner draußen — er wöll net sagen, wer er is. Aber sehr eine wichtige Mitteilung, sagt er, hat er in gnä' Herrn z'machen!“ Herr Bräuner fuhr etwas ungehalten von seiner Arbeit auf und brummte:

„Das wird wieder was Sauberes sein! Wie schaut er den aus? Fechter...?“

Der Diener zuckte die Achseln: „Bitt' g'horjamst — zu den schaut er mer s' gut aus! Von Land därt er sein...!“

„Ma, in Gottes Namen — lassen S' ihn herein!“ Der Diener verschwand. Gleich darauf erschien ein rotes Bolmondgesicht in der Türe, eine schwerfällige behäbige Gestalt in einem lässlich zugeschnittenen schwarzen Anzug folgte.

Der Eintretende klopfte an die schon weit offene Türe, ging mit schwer dröhnenden Schritten breitfüßig auf Herrn Bräuner zu, dem er ohne jede Einleitung die dicke schwarze Hand hinstreckte und setzte sich mit ungenierter Behaglichkeit auf den Stuhl neben dem Schreibtisch:

„Mit Verlaubnis! Wissen S' — i bin nämlich der Herr Schindelhuber!“

„So, so — freut mich, daß Sie der Herr Schindelhuber sind!“ sagte Herr Bräuner mit einem leichten Anflug verhaltener Heiterkeit, „und was führt Sie zu mir?“

„Na, des is net so einfach! Aber i moan halt, daß's Gahner recht drestieren werd, was i woach! Wissen S' wegen Fahrern Schwiegerjohn is's...!“

„Ich hab' aber doch gar keinen Schwiegerjohn...!“

(Fortsetzung folgt.)

Die Weisesten sind die, welche lesen, um sich von ihren Fehlern zu befreien.  
Friedrich der Große.

### Die Versuchung

Roman von Robert Graf Widenburg.

Nach ul verboten.)

(Fortsetzung.)

Unwärslich sah Reisinger zurück — überrascht von dem warmen weichen Klang der Stimme, die ihn rief. Da kam Herr Bräuner auf ihn zu und bot ihm die offene Hand:

„So dürfen Sie mir nicht fortgehen! Ich hab' Ihnen unrecht getan! Tut mir leid...! Aber wenn Sie vernünftig nachdenken: was hab' ich denn in ersten Moment andres glauben sollen...? Sie halten da um meine Tochter an und beweisen mir gleich selber, daß ich sie Ihnen von Rechts wegen gar nicht geben darf — machen noch ein Gesicht dazu, wie einer, der weiß Gott was für ein schlechtes Gewissen hat — und auf einmal reiben Sie mir die Zeitung da unter die Nase — ohne jede Vorbereitung!...! Wie kann ich mir das sonst auslegen, als daß das auf deutsch heißen soll: Weil ich weiß, daß du's gewillig nicht tun wirst, hab' ich mir gleich so einen kleinen Revolver mitgebracht...!“

Da griff Reisinger stürmisch nach der ihm so herzlich gebotenen Hand und schlug sich zugleich vor die Stirn: „Acht, war ich ein Feind...!“

Herr Bräuner lachte: „Na, sagen wir wenigstens: ein recht mäßigiger Diplomat! Wer nachdem ich's Ihnen an den Augen anseh', daß Sie an der W'sicht da unschuldig sind — wer hat denn den schönen Krifkel verbrochen?“

Reisinger teilte ihm in kurzen Worten seinen wohl begründeten Verdacht mit — da nickte er zustimmend: „Dem trau' ich's schon zu...! Aber jetzt hören Sie, mein lieber Reisinger, setzen Sie sich daher und lassen Sie ein vernünftiges Wort mit sich reden: Was curer Verlobung kann natürlich vorläufig mir werden — das sehen Sie ja selber ein! Was da in der Zeitung steht — das was und wenig aufregen! Die Fernerstehenden sollen

denken was sie wollen, und den guten Bekannten werden wir das schon irgendwie aufklären! Mit dem Sommer fangen Sie ja nit an! Das wirbelt nur Staub auf! Vielleicht hab' ich eher einmal Gelegenheit, mir den sauberen Herrn beizubiegen! Unter vier Augen natürlich!

Was nun unser Verhältnis anbelangt — wie gesagt: Da kann ich mich vorläufig nicht entscheiden! „Ja“ sagen kann ich nicht — „Nein“ sagen will ich nicht! Von Rechts wegen sollte ich auch beiden gehörig den Kopf waschen für eure heimliche Verlobung hinter dem Rücken der Eltern...! Na, aber... Hol's der Skud! Ich hab's damals auch nicht anders gemacht...! Und durch die Angst, die ihr jetzt auszustehen habts, seids vnedies gestraht! Also Schwamm drüber!

Durch Ihre Frage aber haben Sie mir ein Recht gegeben, mich in Ihre Angelegenheiten hineinzuwischen — da muß ich vor allen Dingen reinen Wein haben! Und dann werden wir schauen, was sich machen läßt! Zuerst werde ich mich einmal erkundigen, was eigentlich Ihre Herren Kompagnons für eine Art Menschen sind...!“

„Darf ich sie Ihnen herbringen? Sie werden sicher mit Freunden...!“

„Nur net so bizig! Erst muß ich wissen, mit wem ich's zu tun hab' — dann kommt — eventuell — die persönliche Bekanntschaft! Sie bleiben einweilen am besten hier in Wien — damit Sie bei der Hand sind, wenn ich Sie brauche! Sobald ich so weit bin, rufe ich Sie. Jetzt aber müssen Sie mich entschuldigen — ich hab' dringend zu tun!“

Damit erhob er sich und streckte Reisinger die Hand hin:

„Und vor allem: Kopf hoch! An meinem guten Willen wird's nicht fehlen — verlassen Sie sich drauf! Also hoffen wir das Beste!“

Reisinger verabschiedete sich mit warmen Dankesworten. Aber in der Türe blieb er unschlüssig stehen und drehte verlegen an seinem Schnurrbart:

„Derr Bräuner — noch eine Frage...! Ich traue mich nicht recht, sie auszusprechen... aber... aber...!“

„Na, nur heraus damit! Is s' denn gar so was Schreckliches...? Ja, sooo...! Jezt versteh' ich!

meinden an dem Steuerertrage sollte erhöht werden. Es werde Großgrundbesitz herangezogen werden, auf die landbesitzlichen Häuser; dagegen darf der schwerverdienende Zuwachs nicht unter die Steuer fallen. Die Ausnahme für die Bergwerkseigentümer ist berechtigt. Gerade im Interesse der Arbeiter gegen verschiedene scharfe Bestimmungen werden wir noch Anträge einbringen.

**Suno (f. Sp.)** Die Beibehaltung des Umsatzsteuergesetzes erscheint nicht wünschenswert. Eine Milderung des Gesetzes würde verheerend wirken. Es liegt ein ganz neues Gesetz vor, das gründlich durchberaten werden sollte. Darauf wird die Weiterberatung um 1/7 Uhr auf morgen 1 Uhr vertagt.

## Deutsches Reich.

### Die Staatsberatung im preussischen Abgeordnetenhaus

erreichte mit der Rede des von der Fortschrittlichen Volkspartei vorgeschickten Abgeordneten Wiemer einen gewissen Höhepunkt. Frisch und temperamentvoll sagte der freisinnige Führer den Herren vom Zentrum und von den Konservativen die Wahrheit. Den Friedensschalmeien des Zentrums traut der Redner nicht recht, und mit Schärfe wandte er sich gegen das Uebermaß von Religion, das den Kindern auf der Schule beigebracht werden sollte. Er verlangte ein schnelleres Tempo in der Befestigung der Schulinspektorenstellen mit Nichtgelehrten, wünschte die Befestigung der Gesandtschaft beim Vatikan und wandte sich entschieden dagegen, daß die konfessionelle Zerklüftung auch auf die Fortbildungsschulen übergreife. Den Lobpreisungen des Herrn von Rheinbaben seitens der vereinigten Reichsparteien sagte Wiemer sein sehr viel skeptischeres Urteil entgegen. Er erörterte eingehend die Finanzlage Preussens und warnte den neuen Finanzminister ironisch vor dem Betreten neuer Bahnen, die dem allmächtigen Herrn von Bapenheim vielleicht nicht sympathisch sein möchten. Er empfiehlt die zahlreichen, aber sehr zeitgemäßen Anträge der fortschrittlichen Volkspartei hinsichtlich der Quotifizierung der Einkommensteuer, der Aufteilung der Staatsdomänen, der Verminderung der Arbeitskommission, und äußerte sich sehr kritisch über den geplanten Zweiteilungsvertrag für Berlin, die zu erwartende Feuerbestattungsvorlage und die Verwaltungsreform. Den guten Willen des Herrn von Dallwitz, Schilhanen und Eingriffe der Landräte zu verhindern, erkannte der Redner an, aber mit Recht fragte er, ob denn die Anweisungen der Zentralstelle von den nachgeordneten Organen der Staatsverwaltung auch immer befolgt würden. Die Landräte machen doch sehr häufig Politik auf eigene Faust. Und es war ein sehr hübscher Gedanke als Dr. Wiemer ausführte, unter deutlicher Anspielung auf den ehemaligen Kanakrebell von Dallwitz, daß man sogar Minister werden könne, auch wenn man vorher als Landrat gemahregelt worden sei. Im übrigen verwies Dr. Wiemer auf die demnächst zur Beratung anstehende Landratsinterpellation. Er brachte nur ein kleine Blütenlese aus Labian-Wehlan und vom Prozeß Beder. Als er hierbei ausrief: „Nur ab vor dem Ehrenmann Beder!“, brach die Rechte in tosenden Lärm aus, der gar kein Ende nehmen wollte. Die Herren fühlten sich eben in ihren heiligsten Gefühlen gekränkt. Wer sie beleidigt, soll auch noch ein Ehrenmann sein? Der freisinnige Redner schloß wirkungsvoll mit einer warmen Empfehlung der neuen Wahlrechtsvorlage, die kommen müsse, wenn Preußen die Vormacht Deutschlands sein und bleiben wolle.

### Ein konservativ-sozialdemokratisches Wahlabkommen.

Interessante Einzelheiten über ein konservativ-sozialdemokratisches Wahlabkommen brachten dieser Tage freisinnige schlesische Blätter. Danach war dem Vertreter des Wahlkreises Sagan-Sprottau im Reichstage, dem konservativen Abgeordneten v. Polko, kürzlich in einer Versammlung der Reichstagswahlhilfe der sozialdemokratischen Partei gegen seinen fortschrittlichen Rivale durch das Versprechen, gegen alle indirekten Steuern zu stimmen, gesichert, aber sein gegebenes Wort nicht gehalten habe. Nach dem Bericht des „Sagan Wochenbl.“ hat Abgeordneter v. Polko diesem Vorwurf gegenüber erklärt, daß er seinerzeit infolge der Anstrengungen bei der Wahlbewegung erkrankt sei und in diesem Zustande Herrn Hädel (den Führer der Sozialdemokraten in Sagan-Sprottau), welcher ihn freiwillig aufgesucht, empfangen habe. Er habe Erklärungen abgegeben, aber nie daran gedacht, daß man ihm daraus später einen Strich drehen werde. Daß diese Erklärungen „befriedigend“ gewesen sind, beweist wohl der Umstand, daß der Sozialdemokrat Hädel seine Parteigenossen in Sagan-Sprottau zur Wahl des erst konservativen Abgeordneten v. Polko aufgefordert hat, der denn auch tatsächlich mit Hilfe der Sozialdemokraten gewählt wurde, obwohl er mit einem freisinnigen in Stichwahl stand. — Wenn die Sache so steht, dann brauchen auch die Herren von Oldenburg-Januschau und Heydebrand und der Lasa die Hoffnung auf eine Rückkehr in den Reichstagsaal nicht aufzugeben. Die Herren Sozialdemokraten werden ihnen schon helfen.

### Presse und Gesetzgebung.

Man liebt es, die Presse als „siebente Großmacht“ zu bezeichnen, man hat die Chefredakteure großer Blätter mit kommandierenden Generälen verglichen — das geschah allerdings in Amerika —, man sucht die Presse für alle möglichen und unmöglichen Dinge verantwortlich zu machen. Sie soll schuld sein an der allgemeinen politischen Depression, sie soll die Noabiter Kravalle veranlassen haben, — kurz, was sich auch nur auf dem Erdenrund ereignet, überall soll die „siebente Großmacht“ ihre Hand im Spiele haben. Wenn man inoffizieller genauer zu sieht, so ist bei uns in Deutschland die Macht der Presse nicht größer, wie etwa die Macht Montezos im europäischen

Völkerkongress. Das zeigt sich vor allem auch in der Art, wie die Gesetzgebung die Presse behandeln zu können glaubt. Gerade jetzt hat man bei der zweiten Lesung der „Neuen Strafrechtsreform“ wieder ein charakteristisches Beispiel hierfür erfahren. Debattelos wurde ein Antragsbeispiel der Frage der Entziehung einer Wandergewerbesteuer seitens der Bild- und Steinhauer wird der Vortrag Wagner angenommen, der die von der Kommission gestrichene Verschärfung der Strafen für Presbeleidigungen wiederherstellt. Hinterher stellte es sich heraus, daß die Abgeordneten gar nicht wußten, worum es sich bei diesem Antrage handelt.

Diese Art der Behandlung tief einschneidender Fragen der Gesetzgebung wirkt nicht nur ein sehr ungünstiges Licht auf die ganze Art des Geschäftsbetriebes im Reichstage — und notabene auch in den Landtagen —, sondern zeugt auch von der Beringschätzung, die man der Presse zuteil werden läßt. Was die Frage selbst anbetrifft, so ist sie ja schon wiederholt in der Presse eingehend behandelt worden. Die Strafverschärfungen sollen sich gegen gewisse Sensations- und Klatschblätter richten, die es lieben, allerlei Privatangelegenheiten öffentlich breit zu treten. Wenn auch die anständige Presse diese Tendenz nur billigen kann, so gibt leider der Wortlaut der vorgeschlagenen Strafbestimmungen keinerlei Gewähr dafür, daß sie nicht auch auf durchaus ernste Blätter angewendet werden. Jedenfalls ist diese ganze Frage zur Zeit noch nichts acruiger als geklärt und man muß sich fragen, ob hier wirklich ein so dringender Notstand vorliegt, daß man diese Streitfrage noch vor der in wenigen Jahren bevorstehenden „großen Strafrechtsreform“ zum Austrag bringen muß. Es wäre doch wohl richtiger gewesen, das jetzige Notgesetz nicht mit dieser Materie zu beschweren. Hoffentlich gelingt es wenigstens noch bei der dritten Lesung die jetzigen überritten Beschlüsse rückgängig zu machen.

Noch ein anderes Danaergeschenk hat der Reichstag für die Presse in petto. Es ist dies das Kurpfuschergesetz. Werden durch die Verschärfung der Beleidigungsparagrafen in erster Linie die Redakteure getroffen, so trifft das Kurpfuschergesetz die Verleger. Wird die Vorlage Gesetz, so werden die Verleger künftig ihrer Annoncenabteilung einen juristischen Sachverständigen attachieren müssen, dem die Aufgabe zufällt, die diversen Heilmittelannoncen auf ihre Zulässigkeit zu prüfen. Es erscheint dies als das einzige Mittel, um sich den Fallstricken des Gesetzes zu entziehen. Auch beim Kurpfuschergesetz schüttet man das Kind mit dem Bade aus. Gewiß soll man nicht jeden, der den Beruf eines Heilmittelverkäufers in sich spürt, wahllos auf die Menschheit loslassen, und es ist nicht nur das Recht, sondern die Pflicht des Staates, Leben und Gesundheit seiner Bürger vor gemeingefährlichen „Heilmittlern“ zu bewahren. Aber über diesen löblichen Zweck geht das vorliegende Gesetz weit hinaus, ja es erschwert geradezu die Popularisierung der hygienischen Besehrungen unserer Zeit, die gerade von nichtärztlicher Seite oft die stärksten Anregungen erfahren haben.

**Berlin, 17. Jan.** Das Unterseeboot U. III ist in der Heilendorferbucht im Kielerhafen gesunken. Das Seeschiff „Vulkan“ und der große Kran der kaiserlichen Werft sind zur Zerstörung abgegangen.

**Berlin, 17. Januar.** Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht den Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte. (Wir bringen den Entwurf morgen zum Abdruck).

## Ausland.

**Wien, 17. Jan.** Dr. Karl Schönherr hat für seine „Tragödie eines Volkes“ „Glaube und Heimat“ den Grillparzerpreis erhalten. Schönherr stammt aus einem uralten Tiroler Bauerngeschlecht, dem gegenwärtig auch ein kaiserlicher Reichsratsabgeordneter gleichen Namens angehört. Er selbst ist vor etwa 40 Jahren im Dörfchen Krains geboren, das auf einem Uebergangsweg vom Sellraintal zum Stubaital südwestlich von Innsbruck liegt. Der Vater war Schullehrer, er selber Arzt.

## Württemberg.

### Die Gehaltsaufbesserung der Geistlichen.

Wie man hört, geht die noch nicht erschienene Vorlage betr. die Aufbesserung der Gehalte der Geistlichen davon aus, daß entsprechend den Aufbesserungen von 1899 und 1905 für die Erhöhung der Gehalte der evangelischen und katholischen Geistlichen je eine Pauschalsumme ausgesetzt wird. Für 1912, wie für die folgenden Jahre, sind für die Geistlichen beider Konfessionen zusammen Pauschalsummen im jährlichen Gesamtbetrag von rund 720 000 Mark in Aussicht genommen. Hierzu treten die Aufbesserungsbeträge für die Geistlichen, die an den Pauschalsummen nicht teilnehmen (Generalsuperintendenten, Mitglieder des Domkapitels u.). Entsprechend den Bestimmungen für die Beamten der Abteilungen III und IV der Gehaltsordnung fallen die Summen weg, die 1907 zwecks provisorischer Währung nichtpensionsberechtigter 70 Mark-Zulagen an die Geistlichen verabschiedet worden sind. Neben einer im Entwurf des ordentlichen Etats für 1911-12 noch nicht berücksichtigten Vereinfachungsmaßnahme sieht die Vorlage für 1911-12 eine bedeutende Ermäßigung des in den Etatentwurf vorläufig einzestellten Staatszuschusses zur Geistlichen-Witwenkasse vor; die Ermäßigung des Zuschusses wird dadurch ermöglicht, daß ein Teil der Reservevermögen, welche der Witwenkasse in den letzten Jahren aus der Staatskasse zugeflossen sind, zur teilweisen Deckung des Aufwands für Witwen- und Waispensionen in den Jahren 1911 und 1912 beigezogen wird. Als Mehrbedarf für die Neuordnung der Bezüge der Geistlichen ist infolge dieser Änderungen in Etatsheft XIII für das Jahr 1912 die Summe von 480 000 Mark vorgesehen; da für die Aufbesserung der Geistlichen wie für die der Beamten Uebergangsbestimmungen in Aussicht genommen sind, ist der Mehrbedarf für 1911 auf 340 000 Mark festgesetzt.

## Das neue israelitische Kirchengesetz.

Den Entwurf der neuen israelitischen Kirchenverfassung ist jetzt erschienen und wird die Stände im Laufe dieser Session beschäftigen. Am wichtigsten sind die Änderungen, die der Entwurf gegenüber dem bisherigen Recht in Bezug auf die Bestimmungen über die Kirchengemeindeangehörigkeit und den Austritt aus der Religionsgemeinschaft bringt. Die vorgeschlagene Neuordnung lautet in diesen beiden Punkten: „Die Kirchengemeindeangehörigkeit wird durch den Wohnsitz in dem Wohnort bestimmt, daß jeder Angehörige der israelitischen Religionsgemeinschaft von selbst Mitglied der am Orte seines Wohnsitzes bestehenden Kirchengemeinde ist. In Ermangelung eines Wohnsitzes innerhalb Württembergs steht ein Aufenthalt von mindestens 6 Monaten dem Wohnsitz gleich. Israeliten, die an Orten sich niederlassen, wo keine israelitische Kirchengemeinde besteht, werden einer solchen unter tunclichster Verächtsichtigung ihres Wunsches durch die Oberkirchenbehörde zugeteilt. Hat ein Mitglied der israelitischen Religionsgemeinschaft seinen Wohnsitz in mehreren Kirchengemeinden Württembergs, so ist er Kirchengenosse dieser sämtlichen Kirchengemeinden. Die Zugehörigkeit zu einer Kirchengemeinde erlischt durch das Ausgehen des Wohnsitzes oder des Aufenthalts in Bezirke derselben, sowie durch Austritt aus der Religionsgemeinschaft. Der Austritt muß, um Wirksamkeit zu haben, bei dem zuständigen Rabbiner von dem Austrittenden selbst entweder schriftlich oder zu Protokoll erklärt werden. Die Austrittserklärung tritt erst nach 4 Wochen in Kraft. Hierauf ist dem Austrittenden von dem Rabbiner eine Bescheinigung darüber auszustellen.“

### Der Verband für das Bild- und Steinhauergewerbe für Württemberg und Hohenzollern

(S. V.) hielt in Stuttgart seine Generalversammlung ab, die sich eines guten Besuchs zu erfreuen hatte. Der Verbandsvorsitzende Hr. Teufel-Tutlingen begrüßte zunächst in einer längeren Ansprache die Erschienenen und gab seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß sämtliche vier württembergischen Handwerkskammern, die ausdrücklich eingeladen waren, keinen Vertreter entsandt hatten und nur die Stuttgarter Kammer ausnahmsweise. In den Kreisen der Berufsgenossen wurde diese Behandlung nicht verstanden werden, denn man könne wohl darauf rechnen, daß die berufenen Körperschaften zur Förderung des Gewerbestandes auch dort vertreten sind, wo die einzelnen Berufsvertretungen über das Wohl und die Interessen ihres Standes zur Beratung versammelt sind. Bei der Erhaltung des Jahres- und Tätigkeitsberichts hob der Vorsitzende hervor, daß der Verband, der jetzt 156 Mitglieder zähle, im letzten Jahre allein einen Zuwachs von 42 neuen Mitgliedern erfahren habe. Die hervorragende Tätigkeit sei auf dem Gebiete der Stärkung und Befestigung der jungen Organisation zu verzeichnen gewesen. Trotz der sich oftmals geltend machenden Gegnerschaft, der Gleichgültigkeit in weiteren Kreisen sei doch eine erfreuliche Weiterentwicklung zu konstatieren gewesen. Es werde auch weiterhin als Hauptaufgabe zu erachten sein, den noch fernstehenden Berufsgenossen den Wert einer starken Organisation und die wirtschaftlichen Vorteile durch den Anschluß an den Verband begreiflich zu machen. Was die Lehrlingsfrage anbetrifft, so sei man dahin übereingekommen, für jeden Betrieb zwei Lehrlinge zu bewilligen. Diejenigen Meister aber, die drei Lehrlinge beschäftigen, können auch drei Lehrlinge halten, da für ihre Ausbildung genügend gesorgt ist. Ueber die Abschaffung oder Beibehaltung des § 100 q der Reichsgewerbeordnung (Festsetzung von Mindestpreisen) sei man im Ausschusse verschiedener Meinung gewesen. Eine Klärung dieser Frage werde wohl die am 3. März ds. Js. im Reichsamt des Innern stattfindende Handwerkerkonferenz bringen. Der von Kassier Lindenberger erstattete Kassensbericht hob die günstigen Kassenzustände des Verbandes hervor. Während im vorigen Jahre noch ein Mangel zu konstatieren war, schloß das letzte Vereinsjahr mit einem größeren Ueberschuß ab. Die durch die Eintragung des Verbands in das Vereinsregister notwendig gewordene Statutenänderung wurde einstimmig gutgeheißen. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde eine größere Anzahl interner Fragen des Bild- und Steinhauergewerbes besprochen. Eräter-Heilbronn und Rau-Feuerbach traten energisch für einen zielbewußten Ausbau der Organisation ein, während Wender-Biggfeld die Interessen der in ländlichen Bezirken ansässigen Berufsgenossen vertretend eine Berücksichtigung ihrer schwierigen Lage fordernd, an das Steuerkollegium eine Eingabe richtete, um eine genaue Auskunft darüber zu erhalten, ob die Berufsgenossen einer derartigen Steuer unterworfen werden, und daß für einzutreten, daß in einem solchen Falle keine schädliche Behandlung der Steuerpflichtigen Platz greift. Nachdem der Landesausschuß fast vollständig wieder gewählt worden war, richtete am Schluß der Sitzung der Verbandsvorsitzende Teufel nochmals die Aufforderung an alle Mitglieder, tatkräftig für die Stärkung des Verbandes einzutreten, durch Gründung von Bezirksorganisationen während im Lande zu wirken, den Geist der Solidarität zu pflegen und überall beizutragen, die etwa noch vorhandenen Gegensätze auszugleichen.

**Was die Reichstagswahl kostet?** Die in Aussicht stehende Reichstagswahl wird den württembergischen Staat etwa 4000 Mark kosten, die letzte allgemeine Reichstagswahl hat einen Aufwand von genau 3390,75 Mark verursacht. Ganz erheblich teurer ist die Landtagswahl. Sie erforderte am 5. Dezember 1906 21 590 Mark. Diese Summe bedeutet allerdings wenig gegenüber den Ausgaben, welche jede Landtags- und Reichstagswahl bei den politischen Parteien erfordert.

**Nebenverordnungen.** Die Nebenverordnungen schreitet in Württemberg rüstig fort. Im Frühjahr 1909 und 10 wurden je rund 42 000 Nebenverordnungen angefertigt. Die Anwachung ist nach dem in Offenau eingeführten Verfahren fortgesetzt eine sehr befriedigende und beträgt etwa 80 Proz. der ausgeplanten Nebenverordnungen. Zu Versuchszwecken konnten im Frühjahr 1910 nach den verschiedenen Weinbaugebieten des Landes etwa 25 000 Nebenverordnungen zur Verteilung gebracht werden. Die Nachfrist